

(Präsident.)

(A) **bereiche des Ministeriums des Innern betreffend. (Drucksache Nr. 42.)**

Für den Berichtstatter, Herrn Abgeordneten Müller (Zwickau), wird Herr Abgeordneter Wirth berichten.

Ich gebe ihm das Wort.

**Berichtstatter Abgeordneter Wirth:** Meine Herren! Die Finanzdeputation A hat zu den Kap. 71 und 72 nichts zu bemerken, und ich bitte Sie, nach der Vorlage die Einnahmen zu genehmigen und die Ausgaben zu bewilligen.

**Präsident:** Das Wort wird nicht begehrt. Die Debatte ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Will die Kammer beschließen:

1. bei Kap. 71, Verwaltung des gemeinschaftlichen Ministerialgebäudes in Dresden-Neustadt, nach der Vorlage

a) die Einnahmen mit 2500 M. zu genehmigen?

Einstimmig.

b) die Ausgaben mit 86581 M. zu bewilligen?

Einstimmig.

2. bei Kap. 72, Allgemeine und unvorhergesehene Ausgaben im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern, nach der Vorlage die Ausgaben mit 23500 M., darunter 1500 M. künftig wegfallend, zu bewilligen?

Einstimmig.

Wir kommen nun zu Punkt 3: **Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Rechenschaftsdeputation zu Kap. 38 bis 41 des Rechenschaftsberichts über den Staatshaushalt auf die Jahre 1914 und 1915, den Geschäftsbereich des Justizministeriums betreffend. (Drucksache Nr. 43.)**

Berichtstatter Herr Abgeordneter Dr. Dietel.

Ich eröffne die Debatte und gebe dem Herrn Berichtstatter das Wort.

**Berichtstatter Abgeordneter Dr. Dietel:** Meine Herren! Die Rechenschaftsdeputation hat die in Kap. 39 und 40 des Rechenschaftsberichtes auf die Jahre 1914/15 entstandenen Mehrausgaben geprüft und keine Einwendungen dagegen erhoben. Ich darf der Kammer empfehlen, die auf Drucksache Nr. 43 aufgeführten Summen nachträglich zu genehmigen.

Die Rechenschaftsdeputation hat aber auch ihre Aufmerksamkeit auf die vielen Ersparnisse namentlich bei den Besoldungstiteln gerichtet. Angesichts der Kriegslage hat

die Deputation davon abgesehen, den einzelnen Titeln nachzugehen. Sie richtet aber an die Königliche Staatsregierung das dringende Ersuchen, nach Friedensschluß bei den Besoldungen die Summen dem tatsächlichen Betrage entsprechend einzusetzen und dabei die von der Kammer in den letzten Jahren gegebenen Anregungen zu berücksichtigen.

**Präsident:** Ich werde nun, wenn die Kammer damit einverstanden ist, gleich den Bericht zu den gleichen Kapiteln des ordentlichen Staatshaushaltsplanes auf die Jahre 1918 und 1919 geben lassen. — Die Kammer ist damit einverstanden.

Ich gebe dem Berichtstatter, Herrn Abgeordneten Hettner, das Wort.

**Berichtstatter Abgeordneter Hettner:** Meine Herren! Über den Haushalt des Geschäftsbereichs des Justizministeriums ist bisher immer schriftlich berichtet worden. Sie finden diesmal nur einen schriftlichen Antrag, und die Finanzdeputation A hat geglaubt, sich mit einem mündlichen Berichte begnügen zu dürfen. Einige wichtige Zahlen finden Sie in der Anlage zum Berichte. Ich werde mich dann noch kurz damit beschäftigen.

Der diesmalige Haushaltplan unterscheidet sich von den früheren nur in ganz wenigen Punkten. Änderungen sind in der Hauptsache nur da vorgekommen, wo es sich um die Aufrückung durch das Dienstalter handelt. Sonst sind nur zwei Änderungen vorgenommen worden, die von einigermaßen erheblicher Bedeutung sind: Das ist einmal die, daß der Verfügungsbeitrag beim Oberlandesgericht erhöht worden ist. Das war unbedingt notwendig, weil der Betrag namentlich unter den jetzigen Kriegsverhältnissen nicht mehr zulangte. Dann ist die Summe, die eingestellt worden ist für Vorträge, welche für die Justizbeamten gehalten werden sollen, von 10000 M. auf 20000 M. jährlich erhöht worden. Weiter ist eine Erhöhung der Reisekosten in Aussicht genommen, da man mit Ende des Krieges eine größere Versehung von Beamten, insbesondere einige Neubefetzungen von Gerichtsvorstandsstellen vorzunehmen beabsichtigt. Das ist ein künftig wegfallender Betrag.

Sonst finden sich keine wesentlichen Änderungen im diesjährigen Haushaltplane. Dieser läßt im Gegenteil alles so, wie es bisher gewesen ist. Damit sind natürlich auch eine ganze Reihe von Wünschen abgeschnitten, die in der Beamenschaft bestehen, so insbesondere auch der sehr wichtige Wunsch, daß eine Reihe von Anwärterstellen in etatmäßige Beamtenstellen umgewandelt werden. Die Finanzdeputation A ist noch genau ebenso geneigt wie früher, diesen Wunsch zu unterstützen, aber man hat,